

Interview mit Gas-Union-Geschäftsführer Jens Nixdorf

„Die Volatilität nimmt zu“

Seit 2014 ist Jens Nixdorf einer der beiden Geschäftsführer der Erdgas-Großhandelsgesellschaft Gas-Union. Im Gespräch mit Energy Daily analysiert er die Auswirkungen der Preiserholung, kommentiert die Geschäftsentwicklung und die Lage im Speicherbereich, erläutert die Beschaffungs- und die Wachstumsstrategie und beschreibt Trends im Gashandel. Gas-Union beliefert Energieversorger und Industrie-Unternehmen, bietet Dienstleistungen an und ist im Gasspeichergeschäft sowie in der Exploration und Förderung tätig.

Lesen Sie das Interview auf den Seiten 3 bis 4.

EEG-Änderungsgesetz

Solarverband erwartet 2017 höhere Nachfrage

Die deutschen Ökostrom-Verbände begrüßen die Änderungen am Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), die jetzt der Bundestag absegnen hat. Das EEG-Änderungsgesetz stärkt nach Ansicht des Bundesverbands Solarwirtschaft (BSW) die Branche. Es lohne sich wieder, in die Photovoltaik zu investieren, teilte der Verband am Freitag mit. So könnte die Anzahl neu installierter Solaranlagen 2017 erstmals seit fünf Jahren wieder spürbar steigen. Die Änderungen am EEG 2017 basieren auf einer Einigung mit der EU-Kommission über beihilfe-rechtliche Vorgaben im Zusammenhang mit Erleichterungen für energieintensive Industriebetriebe.

„Verbesserte Förderkonditionen, geringere Abgaben und eine höhere Investitionssicherheit dürften den Inlandsmarkt für Solarstromanlagen und Batteriespeicher beleben“, erklärte BSW-Hauptgeschäftsführer Carsten Körnig. Hinzu kämen die sehr guten Finanzierungsbedingungen und niedrige Kosten für hochwertige Solarmodule und Speicher. „Dies bildet die Basis für attraktive Projektrenditen“, sagte Körnig. Der Verband geht davon aus, dass das Interesse von Eigen-

heimbesitzern, Gewerbe und Handwerk an Photovoltaikanlagen in den nächsten Monaten steigen wird.

Nach Aussage vom BSW enthält die Überarbeitung des bereits im Oktober 2016 im Bundesgesetzblatt veröffentlichten EEG 2017 unter anderem Anschlussregelungen zum Bestandschutz beim Eigenverbrauch sowie verbesserte Konditionen für den Betrieb bivalenter Solarstromspeicher. Vorgesehen sei neben verbesserten Förderkonditionen ein höherer Bestandsschutz für getätigte Investitionen. Laut Solarverband liegen die Erzeugungskosten für eine Kilowattstunde Solarstrom derzeit je nach Anlagengröße bei 7 bis 14 Cent.

Auch der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) zeigte sich erfreut nach der Abstimmung im Bundestag. Positiv sei zu bewerten, dass die Befreiung von der Stromsteuer für Betreiber nicht automatisch zum Verlust der EEG-Vergütung führe. Vielmehr werde in Zukunft die Vergütung um die Höhe der Stromsteuerbefreiung verringert. Außerdem habe der Bundestag die aus BEE-Sicht überzogenen Strafen abgemildert, die Betreibern bei Verletzung ihrer Meldepflichten beim Anlagenregister drohen. Damit werde großer Schaden für Betreiber von Biogas- und Solaranlagen abgewendet.

MBI/aul/16.12.2016

Top-Themen

Neuregelung:

Der Bundestag hat den Änderungen am Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz zugestimmt. Seite 5

Nachfolge:

Marc Spieker rückt im Januar in den E.ON-Vorstand auf und wird ab 1. April neuer Finanzchef. Seite 5

AKW Beznau und Gösgen

Schweizer Nuklearaufsicht verlangt Prüfungen

Die Schweizer Automaufsichtsbehörde ENSI fordert von den Kernkraftwerken Beznau und Gösgen, dass sie die Qualität und die Ausführung der Schmiedeteile für die Dampferzeuger hinsichtlich der Einhaltung der Materialspezifikationen überprüfen. Das ENSI reagiert damit auf Informationen aus Frankreich. „Bis zum jetzigen Zeitpunkt haben wir keine Hinweise darauf, dass die Dampferzeuger in Beznau und Gösgen von unzulässigen Abweichungen der Materialeigenschaften betroffen sind“, erklärte Georg Schwarz, stellvertretender ENSI-Direktor und Leiter des Aufsichtsbereichs Kernkraftwerke.

Um rasch erste Erkenntnisse zu haben, fordert das ENSI eine vertiefte Überprüfung der Herstellungsunterlagen. Die Ergebnisse müssen dem ENSI bis Ende April 2017 eingereicht werden. Dabei geht es unter anderem um Angaben der betroffenen Bauteile, Hersteller, Herstellungszeitraum, Material, angewendete Bauvorschrift und Regelwerke, Größe der Rohblocks, durchgeführte Abnahmeprüfungen inklusive Prüfzeugnisse, Prüfanforderungen, Prüffirma sowie Abnahmeinstanzen. Zudem sei die Durchführung von zerstörungsfreien Materialprüfungen zur weiteren Abklärung des Sachverhaltes zu prüfen, so das ENSI. Für die Überprüfungen müssen die Kernkraftwerke nicht vom Netz genommen werden.

MBI/cdg/aul/16.12.2016

Unternehmen

4,5 Megawatt Leistung

Enercity Contracting kauft zwei Biogasanlagen

Enercity Contracting, eine 100-prozentige Tochter der Stadtwerke Hannover (Enercity), hat zwei Biogasanlagen in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen gekauft. „Mit unseren Projekten verbinden wir die Energiewende mit effizienter Kraftwärmekopplung“, so Corinna Kleimann, Geschäftsführerin von Enercity Contracting.

Die Biogasanlage Lustadt in der Südpfalz verfügt über drei Blockheizkraftwerke mit einer elektrisch installierten Gesamtleistung von 2,5 Megawatt. Die drei BHKW verstromen Biogas, welches aus Mais, Hirse und Ganzpflanzensilage gewonnen wird. Die Anlage soll jährlich rund zwölf Gigawattstunden (GWh) Strom und neun GWh Wärme erzeugen.

Die Biogasanlage Kerpen-Sindorf hat Enercity bereits im April dieses Jahres von Stawag Energie übernommen. Die Anlage produziert aus Mais-silage, Zuckerrüben, Hühner- und Pferdemit Biogas, welches in einem weiteren Schritt zu Biomethan veredelt wird. Die 2006 gestartete Biogasanlage kann dabei bis zu 550 Normkubimeter pro Stunde Biomethan ins Netz einspeisen, was einer elektrischen Leistung von rund zwei Megawatt entspricht.

MBI/ses/16.12.2016

Frankreichs Netzbetreiber

EDF verkauft fast die Hälfte von RTE an Investoren

Der französische Energiekonzern EDF gibt fast die Hälfte des Übertragungsnetzbetreiber RTE ab. So hat EDF jetzt ein Abkommen mit den Finanzinvestoren Caisse des Depots und CNP Assurances unterzeichnet, die 49,9 Prozent der RTE-Anteile übernehmen werden. Langfristig soll Frankreichs Stromnetzbetreiber partnerschaftlich in einem Joint Venture, an dem die EDF die Mehrheit von

50,1 Prozent hält, geführt werden. Der Unternehmenswert von RTE wurde auf 8,2 Milliarden Euro festgelegt, wie EDF weiter mitteilte.

Ziel sei es, mit einer neuen Gesellschafterstruktur die langfristigen Investitionen von RTE zu optimieren. Zunächst will EDF bis Ende dieses Jahres sämtliche Anteile von RTE in das neue Gemeinschaftsunternehmen einbringen. Danach werde EDF 49,9 der Anteile an dem Joint Venture an Caisse des Depots und CNP Assurances veräußern. Dieser zweite Schritt soll - vorbehaltlich der Zustimmung durch die Kartellbehörden - im ersten Halbjahr 2017 vollzogen werden.

„Diese Transaktion gehört zu unserer Strategie, die wir Anfang 2016 mitgeteilt haben“, sagte EDF-Chef Jean-Bernard Levy. EDF werde dadurch seine finanziellen Ressourcen auf vorrangige Investitionen konzentrieren können. Pierre-Rene Lemas, Vorstandschef von Caisse des Depots, bezeichnete RTE als „Infrastruktur von allgemeinem Interesse“, die von essentieller Bedeutung für Frankreich sei.

MBI/aul/16.12.2016

Veränderungen

Klieve wird neuer Vorstand bei Stadtwerken Essen

Der Stadtkämmerer von Essen, Lars Martin Klieve (46) wird ab 1. April 2017 neues Vorstandsmitglied der Stadtwerke Essen AG. Wie die Stadtwerke mitteilten, übernimmt er künftig die Ressorts Finanzen und Verwaltung. Gleichzeitig hat der Aufsichtsrat Peter Schäfer mit Wirkung zum 1. Januar zum Vorstandsvorsitzenden des Kommunalversorgers ernannt. Er ist seit 2004 im Vorstand der Stadtwerke. Schäfer soll den Vertrieb und den technischen Bereich leiten. Hintergrund der personellen Veränderungen ist nach Angaben der Stadtwerke der Weggang von Technikvorstand Dietmar Bückemeyer, der seinen zum Jahresende auslaufenden Vertrag auf eigenen Wunsch nicht mehr verlängert.

MBI/aul/16.12.2016

Fernwärme und Wasser

Stadtwerke Bayreuth behalten Konzessionen

Die Stadtwerke Bayreuth werden auch in Zukunft die Fernwärme- und Wassernetze in Bayreuth betreiben. Sie haben von der Stadt die entsprechenden Konzessionen für weitere 20 Jahre erhalten, teilte das kommunale Unternehmen mit. „Beide Konzessionen stellen eine zwingende Geschäftsgrundlage für die Stadtwerke Bayreuth dar“, sagte deren Geschäftsführer Jürgen Bayer. Das verschaffe den Stadtwerken Planungssicherheit. So habe das Unternehmen in den vergangenen zwei Jahren etwa 5 Millionen Euro in die Fernwärmenetze investiert. In den Jahren 2014 und 2015 hatten die Stadtwerke Bayreuth bereits die Strom- und Gasnetzkonzession erhalten.

Außerdem können sich die Bayreuther über einen Stromlieferauftrag freuen. So werden die Stadtwerke ab Januar 2017 die Stadt Bad Berneck für die nächsten vier Jahre mit Ökostrom versorgen. Die städtischen Verbrauchsstellen benötigen nach Unternehmensangaben jährlich etwa 760.000 Kilowattstunden Strom.

MBI/aul/16.12.2016

Business Newsletter

Schneller besser informiert sein!

Mit seinen Fachpublikationen bietet MBI eine tiefgehende Abdeckung des deutschen und der internationalen Märkte sowie Branchen an. Dabei liegen die inhaltlichen Schwerpunkte auf den Themen Metalle, Energie, Agrar, Einkauf und Europa.

Rufen Sie uns an:

0 69/2 71 07 60 – 11

www.mbi-infosource.de

Interview mit Gas-Union-Geschäftsführer Jens Nixdorf

„Die Volatilität nimmt zu“

Seit 2014 ist Jens Nixdorf einer der beiden Geschäftsführer der Erdgas-Großhandels-gesellschaft Gas-Union. Im Gespräch mit Energy Daily analysiert er die Auswirkungen der Preiserholung, kommentiert die Geschäftsentwicklung und die Lage im Speicherbereich, erläutert die Beschaffungs- und die Wachstumsstrategie und beschreibt Trends im Gashandel. Gas-Union beliefert Energieversorger und Industrie-Unternehmen, bietet Dienstleistungen an und ist im Gasspeichergeschäft sowie in der Exploration und Förderung tätig.



Jens Nixdorf
Foto: Gas-Union

Energy Daily: Die Großhandelspreise für Erdgas sind im Vergleich zu den Tiefs im Sommer deutlich gestiegen. Wie stark wirkt sich das auf Gas-Union aus?

Jens Nixdorf: Das hängt vom Geschäftsfeld ab. Im Upstream-Bereich wirkt sich die Erholung direkt aus, während die Preishöhe für das Netz unmittelbar keine Rolle spielt. Im Speichergeschäft sind eher die Sommer-Winter-Spreads relevant, weniger die absoluten Preise. Im Vertrieb kommt es auf die Positionierung im Lieferzeitraum an, also ob man nachkaufen oder abverkaufen muss. In Summe sind höhere Preise besser für uns als niedrige, weil wir eine Upstream-Position haben.

Gas-Union profitiert also, auch vom Ergebnis her?

Sagen wir so: Die Preise tun nicht mehr so weh wie im ersten Halbjahr. Vor zwei Jahren lagen die Großhandelspreise (zum Beispiel Day-ahead) noch deutlich über 20 Euro je Megawattstunde. Im ersten Halbjahr lag der Preis zwischen 11 und 14 Euro, jetzt sind es etwa 17 Euro.

Ist die Preiserholung dauerhaft?

Grundsätzlich ist der Markt sehr gut versorgt. Deswegen rechne ich aktuell nicht mit Preisen, die nachhaltig über 20 Euro hinausgehen. Doch die Volatilität nimmt zu. Innerhalb weniger Wochen, fast schon Tage, können sich die Preise um drei, vier Euro verändern.

Woher kommen die starken Ausschläge?

Das Angebot ist groß, und die Nachfrage ist nicht entsprechend mitgewachsen. Der Markt wird sehr gut versorgt aus Russland – allen politischen Unkenrufen zum Trotz. Erdgas aus der Nordsee und aus den Niederlanden wird verlässlich geliefert, und es kommen mehr und mehr LNG-Chargen nach Europa. Außerdem sind jetzt langfristige Infrastrukturprojekte, die vor Jahren geplant wurden, am Markt verfügbar, aber die notwendige Nachfrage ist nicht zuletzt aufgrund milder Winter und dem rückläufigen Erdgaseinsatz in der Stromerzeugung nicht gegeben.

Die Überversorgung spricht eigentlich eher für chronisch tiefe, nicht unbedingt für stark schwankende Preise.

Die Volatilität hat ihre Ursache auch in der Integration des europäischen Markts. Als vor einigen Monaten der große britische Speicher Rough außer Betrieb ging, schlug das sofort auf die Preise auch in Kontinentaleuropa durch. Vor Jahren hätte es hier kaum eine Reaktion gegeben. Und wenn in der Nordsee eine Gasplattform gewartet wird, wirkt sich das ebenfalls prompt auf die Preise aus. Über die LNG-Importe erreichen uns inzwischen sogar die Preisausschläge des Weltmarkts.

Wie stark hängt der Geschäftserfolg von der Witterung ab?

Für die ganze Branche ist entscheidend, ob ein Winter kalt ist oder nicht. Gas-Union ist auf der vorgelagerten Handelsstufe tätig, wir beliefern

Stadtwerke, Weiterverteiler und Industriebetriebe. Je nach Produktgestaltung übernehmen wir gewisse Risiken: Wird es kälter als erwartet, müssen wir Zusatzmengen liefern, und ist es vergleichsweise warm, müssen wir Mengen zurückhalten. Das wurde gerade im vergangenen Jahr deutlich, als der November und der Dezember sehr warm waren. Das hat vermutlich alle Unternehmen auf unserer Handelsstufe getroffen. Denn wir mussten zu den dann niedrigen Spotpreisen abverkaufen.

Wie ist momentan die Situation? Man hört, dass schon einiges aus den Speichern ausgespeist wurde.

Ja, es gibt Bewegung im Speicher. Der Oktober war relativ kühl. Im November gab es warme, aber auch kältere Phasen. Wir entscheiden auf Tagesbasis, ob wir Gas ausspeichern oder nicht.

Der Speichermarkt ist stark angespannt. Ist eine Erholung abzusehen?

Deutschland hat die größten Speichervolumina in Europa, sowohl absolut als auch in Relation zum Gesamtabsatz. Der Markt ist total überversorgt. Das bleibt ein schwieriges Geschäft.

Wie reagiert Gas-Union? Drohen weitere Abschreibungen?

Erst einmal versuchen wir, wie andere Unternehmen auch, durch Zusatzvermarktung weitere Erlöse zu erzielen. Aber wenn die Speicher nachhaltig ihre Kosten nicht mehr erwirtschaften, muss man Vorsorge treffen. ▶▶

► Wir haben in den vergangenen Jahren gewisse Wertberichtigungen vorgenommen. Wenn sich der Markt nicht erholt, werden weitere Wertberichtigungen notwendig sein. Man darf aber nicht vergessen, dass Speicher ein langfristiges Geschäft sind. Die Verträge und die Plannutzungsdauern reichen über 30 Jahre und mehr. In solch langen Zeiträumen gibt es immer wieder Zyklen.

Ist ein Ausstieg aus dem Speichergeschäft eine strategische Option?

Gas-Union verfügt über ein kombiniertes Speicherportfolio. Wir besitzen in Reckrod einen eigenen Speicher, haben Nutzungsverträge mit TGE (Trianel Gasspeicher Epe) und KGE (Kommunale Gasspeichergesellschaft Epe) und haben Speicherholraum in Etzel angemietet. Diese Verträge gelten langfristig.

Wie wird das Gas eingekauft? Primär am Markt oder über langfristige Lieferverträge?

Wir kaufen überwiegend am Markt ein. Langfristverträge machen weniger als 10 Prozent aus.

Welche Rolle werden diese Verträge künftig noch spielen?

Im Moment spielen die Langfristverträge (bei Neuabschlüssen) in unserer Wahrnehmung keine große Rolle. Die Produzenten können das Erdgas direkt am Handelsmarkt verkaufen. Die Importeure und großen Bündler erwarten einen Abschlag auf den Handelspreis für die Mengen- und Abnahmegarantie und die Vertriebsdienstleistung. Das ist schon fast ein klassisches Dilemma. Ich glaube aber, es wird wieder eine Renaissance geben, etwa durch den Erdgaseinsatz in der Stromerzeugung. Das könnte bei attraktiven Angeboten auf Basis längerfristiger Verträge geschehen.

Wie beschaffen sie am Markt?

Wir haben ein großes Portfolio an Lieferanten, mit denen wir außerbörslich Geschäfte machen. Wir sind aber auch an der Börse aktiv. Die Kontrakte reichen vom Day-ahead bis zwei oder drei Jahre in voraus. Ein Großteil des Einkaufs geht über die Rah-

menverträge der Energiehändlervereinigung EFET.

Der außerbörsliche Handel dominiert nach wie vor, aber die Börse holt auf. Was treibt diese Verlagerung?

Die Börse bietet mittlerweile zahlreiche Produkte, eine große Preistransparenz und vor allem Transaktions-sicherheit. Erkauft wird das allerdings mit höheren Kosten. Der Trend zur Börse wird sich fortsetzen. Denn bei den Churn Rates, also dem Verhältnis von gehandelter zu physisch gelieferter Menge, hat Deutschland Nachholbedarf gegenüber dem britischen NBP oder dem holländischen TTF.

Spielt der computergesteuerte Handel eine größere Rolle?

Der computergesteuerte nicht, aber der computerunterstützte. Es ist nicht so wie im Finanzmarkt, wo Deals durch Algorithmen initiiert werden.

Befasst sich Gas-Union mit Zukunftsthemen wie der Blockchain-Technologie?

Das beobachten wir. Sobald das Thema für uns Relevanz bekommt, werden wir uns näher damit befassen.

Wo sehen Sie Anwendungsfelder für die Blockchain im Gasgeschäft?

Im Moment für uns noch keine. Im Energiesektor konzentrieren sich die Anwendungen mehr auf den Strombereich.

Im vergangenen Jahr sind die Verkaufsmengen von Gas-Union von 109 auf 130 Milliarden Kilowattstunden gestiegen. Hat sich das Wachstum 2016 fortgesetzt?

Es hat sich stabilisiert. Wenn die Temperaturen sich wie erwartet entwickeln, werden die Verkaufsmengen ähnlich ausfallen wie 2015.

Der Industriebereich lief 2015 nicht so gut. Gibt es jetzt eine Erholung?

Im vergangenen Jahr haben wir einen großen Kunden verloren. Das hat sich in den verkauften Mengen bemerkbar gemacht. Die Zahl der gewerblichen und industriellen Kunden ist dagegen gestiegen. Wir setzen

auf werthaltiges Wachstum. Industrie und Gewerbe bleiben ein wichtiges Segment.

Welche Vorteile bringen die Beteiligungen in der Gasproduktion und -exploration? Sie binden doch viel Kapital.

Das stimmt, aber das Geschäft bietet ein ausgeprägtes Chance-Risiko-Profil. Bei hohen Preisen kann man viel Geld verdienen. Wir betreiben ein Feld in der britischen Nordsee und haben weitere Lizenzen, die gerade exploriert werden. Dabei arbeiten wir mit internationalen Partnern zusammen.

Wo liegen die Wachstumsfelder für die nächsten Jahre?

Wir wollen im Kerngeschäft, also im Vertrieb und im Handel, weiter wachsen. Da gibt es noch Möglichkeiten, Geld zu verdienen und nachhaltig Wert zu schaffen. Darauf werden wir uns konzentrieren. Dann verfügen wir über ein interessantes Beteiligungsportfolio. So sind wir über die GasLine in der Glasfasertechnologie engagiert. Das ist ein Zukunftsmarkt, den wollen wir ausbauen.

Der Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung, der auf CO2-Einsparung durch Elektrifizierung setzt, lässt vermuten, dass der Gaswirtschaft harte Zeiten drohen. Welche Auswirkungen ergeben sich für ihr Geschäftsmodell?

Auf lange Sicht werden die Folgen erheblich sein. Das ist klar. Wir sind im politischen Raum aktiv, um unsere Position einzubringen, etwa über die Verbände. Wir brauchen einen Fahrplan, wie die Klimaschutzziele bis 2050 erreicht werden können und insbesondere bezahlbar bleiben. Effektiver Klimaschutz geht nur mit Erdgas, nicht ohne. Wir verfügen über Leitungsnetze und Speicher. Deshalb spielt unsere Branche bei der Energiewende eine entscheidende Rolle. Im Laufe der Jahre werden sich neue Geschäftsmodelle ergeben, etwa in der Power-to-Gas- oder in der Speichertechnologie.

*Das Interview führte Helmut Kipp
MBI/hek/16.12.2016*

Aus den eigenen Reihen Spieker wird neuer Finanzchef von E.ON

Der Energiekonzern E.ON hat in den eigenen Reihen einen Nachfolger für seinen Finanzvorstand Michael Sen gefunden. Der 41-jährige E.ON-Manager Marc Spieker werde zum 1. Januar 2017 in den Vorstand aufrücken und zum 1. April den Posten des Finanzchefs übernehmen, teilte E.ON am Freitag in Essen mit. Sen geht dann zurück zum Elektrokonzern Siemens und übernimmt dort die Leitung der Medizintechnik-Sparte. Sein Nachfolger Spieker arbeitet den Angaben zufolge seit fast 15 Jahren für E.ON. Zuletzt leitete er das Projekt für den Umbau des Energiekonzerns, das zur Abspaltung des Kraftwerksbereichs unter dem Namen Uniper führte.

Nachdem E.ON Uniper im September an die Börse gebracht hatte, soll die Sparte ab dem bevorstehenden Jahreswechsel in der Bilanz nicht mehr als Tochter des Konzerns geführt werden. Uniper gelte nur noch als assoziiertes Unternehmen, hieß es. Damit geht die Gesellschaft nicht mehr in Umsatz und andere operative Kennzahlen von E.ON ein. Im Aufsichtsrat soll den Angaben zufolge längerfristig mit Spieker nur noch ein E.ON-Vertreter sitzen.
MBI/dpa/aul/16.12.2016

Österreichisches Gasnetz OMV schließt Teilverkauf von GCA ab

Die österreichische Öl- und Gasgesellschaft OMV hat den Verkauf von 49 Prozent an der Gas Connect Austria GmbH (GCA) an ein Konsortium aus Allianz und dem Gasinfrastrukturunternehmen Snam abgeschlossen. OMV hält eine Beteiligung von 51 Prozent an GCA. Die Akquisition wurde den Unternehmensangaben zufolge durch eine gemeinsam kontrollierte Gesellschaft im 60 Prozent/40 Prozent-Eigentum von Allianz und Snam vollzogen. OMV erhielt vom Konsortium 601 Millionen Euro in bar.

GCA betreibt ein rund 900 km langes Erdgas-Hochdruckleitungsnetz

in Österreich. Das Unternehmen ist für die Vermarktung und Bereitstellung von Transportkapazitäten an den Grenzübergangspunkten und für die im Inland benötigten Transportkapazitäten für Erdgas zuständig. Die Absatzmenge Entry und Exit belief sich 2015 auf 152 Milliarden Kubikmeter.
MBI/cdg/16.12.2016

Höchstspannungsleitung Gericht bestätigt Planfeststellungsbeschluss

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat den Planfeststellungsbeschluss für den rheinland-pfälzischen Genehmigungsabschnitt der geplanten 380-Kilovolt-Höchstspannungsfreileitung von Kruckel (Dortmund) nach Dauersberg in Rheinland-Pfalz bestätigt. Das teilte der Übertragungsnetzbetreiber Amprion mit. Gegen den Beschluss hatten die beiden rheinland-pfälzischen Ortsgemeinden Brachbach und Mudersbach geklagt. Bei dem Leitungsbauvorhaben Kruckel-Dauersberg handelt es sich um ein Projekt des Energieleitungsausbaugesetzes (EnLAG). Es dient insbesondere auch dazu, Netzüberlastungen auf den bestehenden Leitungen, vor allem im östlichen Ruhrgebiet, zu vermeiden.

Für Vorhaben nach dem EnLAG besteht die Besonderheit einer erst- und letztinstanzlichen Zuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichts. Weitere Klageverfahren sind ausgeschlossen. Der Gesetzgeber will damit eine Beschleunigung der EnLAG-Vorhaben als vordringliche Infrastrukturprojekte auch in Gerichtsverfahren sicherstellen. Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes macht endgültig den Weg frei für die Errichtung und den Betrieb von 16 Kilometern Freileitung.
MBI/cdg/16.12.2016

NEU! MBI Energy 4.0

Die neue Publikation zur Digitalisierung in der Energiewirtschaft.

Kostenfreies Exemplar:
energie@mbi-infosource.de

Politik & Verbände

Südhessen Flächen für Windräder im Odenwald geplant

Im Odenwald soll Platz für weitere Windräder geschaffen werden. Die Mitglieder der Regionalversammlung Südhessen hätten am Freitag in Frankfurt mit großer Mehrheit für einen Entwurf gestimmt, berichtete das Regierungspräsidium (RP) Darmstadt. Windräder dürfen künftig nur noch auf den in diesem Plan genannten Flächen aufgestellt werden.

Ausgewiesen sind in dem Entwurf 173 Vorranggebiete mit einer Gesamtfläche von knapp 15.000 Hektar. Dies seien zwei Prozent der Fläche des Regierungsbezirks Darmstadt, teilte das RP mit. Eine Zahl der Windräder könne nicht genannt werden. Die öffentliche Auslegung des Plans sei für das kommende Frühjahr geplant. Hier können noch Stellungnahmen erhoben werden. Im vergangenen Monat hatte die Regionalversammlung Mittelhessen einen Plan für den Ausbau von regenerativen Energien verabschiedet.
MBI/dpa/aul/16.12.2016

Ausschreibungen Bundestag beschließt Änderung am KWK-Gesetz

Die staatliche Förderung der umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) wird eingeschränkt. Kleinere KWK-Anlagen bis zu 50 Megawatt müssen sich künftig bei einer Ausschreibung durchsetzen, wenn sie gefördert werden wollen. Eine entsprechende Änderung des KWK-Gesetzes hat der Bundestag verabschiedet. Diese Neuregelung basiert auf einer Vereinbarung mit der EU. Im Gegenzug billigt Brüssel auch künftig die deutschen Privilegien für stromintensive Unternehmen bei der Ökostrom-Abgabe. Bei der sogenannten Kraft-Wärme-Kopplung wird die Wärme, die bei der Stromerzeugung entsteht, gleich zum Heizen genutzt.

MBI/dpa/aul/16.12.2016

Atom Müll

Bundesrat billigt Enthaltung der AKW-Betreiber

Die Finanzierung des Atomausstiegs ist nun unter Dach und Fach: Einen Tag nach dem Bundestag hat am Freitag auch der Bundesrat dem Milliardenpaket zur Entsorgung atomarer Altlasten zugestimmt. Damit steht die Einigung zwischen Bund und den vier Atomkraftwerksbetreibern E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall. Die Verantwortung für die Lagerung des Atommülls in Deutschland übernimmt künftig der Staat.

Die Energiekonzerne müssen für die Zwischen- und Endlagerung von Kernbrennstoffen nicht mehr haften. Im Gegenzug zahlen sie zusammen 23,5 Milliarden Euro an einen öffentlich-rechtlichen Fonds, der die Kosten für die Zwischenlager, die Suche nach einem Endlager und schließlich die Aufbewahrung des gefährlichen Atommülls in dem Bergwerk übernimmt.

MBI/aul/16.12.2016

Windradunglück Süderholz

Suche nach konkreter Ursache dauert länger

Die Suche nach der konkreten Ursache für das Windradunglück bei Süderholz (Landkreis Vorpommern-Rügen) wird noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Das sagte der Geschäftsführer der Betreiberfirma Ökofair Energie GmbH Christian Herz am Freitag. Ein Grund sei, dass man letzte Betriebsdaten des Unglücksrades noch nicht sichern konnte, weil das tonnenschwere Rotorgetriebe ausgerechnet auf die Aufzeichnungsbox gefallen ist. Zudem dauere die Suche nach einem Spezialisten für bestimmte Bauteilgruppen länger als anfangs gedacht.

Am Wochenende war das 70 Meter hohe Windrad unweit vom Ortsteil Rakow/Grischow in 25 Metern Höhe abgebrochen und samt Propeller auf ein Feld gestürzt. Zwei Gutachter schlossen einen Anschlag aus. Die Experten erklärten, das wohl ein Bauteil der Windkraftanlage versagt habe.

Das soll zu einer Unwucht geführt haben, die sich auf den Turm übertrag und dann zum Abbruch führte. Unwuchten entstehen bei Ausfall eines Propellerflügels oder Defekten an anderen drehenden Teilen.

„Das ist eine Gleichung mit 15 bis 20 Unbekannten“, sagte Herz. Die Firma müsse die Unfallstelle nun auch gegen Diebe sichern, die schon Kabel stehlen wollten. In den nächsten Tagen soll mit der Demontage von Teilen begonnen werden, die freigegeben wurden. Es war das erste Unglück dieser Art im Nordosten, verletzt wurde niemand. Der Park ist 16 Jahre alt und hatte 21 Windräder. Die anderen Windräder werden überwacht und laufen weiter. MBI/dpa/aul/16.12.2016

AKW Biblis

SPD fordert notfalls Klage gegen Ministerin Puttrich

Im Streit um Schadenersatz nach der rechtswidrigen Abschaltung des Atomkraftwerks Biblis fordert die SPD-Fraktion die schwarz-grüne Landesregierung auf, notfalls gegen die damalige Umweltministerin Lucia Puttrich (CDU) zu klagen. Es gehe um Anwaltskosten in Höhe von drei Millionen Euro, sagte SPD-Fraktionschef Thorsten Schäfer-Gümbel am Freitag in Wiesbaden. Ein von der Fraktion in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten zeige, dass die derzeitige Europa-Ministerin Puttrich in dem Fall „grob fahrlässig gehandelt“ und gegen ihren Amtseid verstoßen habe.

Da die Verjährungsfrist in den kommenden Tagen ablaufe, solle Puttrich einen Verzicht auf Verjährung erklären. Andernfalls solle das Land Klage gegen die Ministerin einreichen, forderte Schäfer-Gümbel. Der finanzielle Schaden dürfe nicht am Steuerzahler hängen bleiben, sagte der Abgeordnete Norbert Schmitt. Die SPD hat für kommenden Dienstag eine Sondersitzung des Haushalts- und des Umweltausschusses beantragt.

Laut einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgericht hätte der Betreiber RWE angehört werden müssen. Das Rechtsgutachten, das die Kasseler Professorin Silke Ruth Laskowski

im SPD-Auftrag anfertigte, kommt zur Auffassung, dass Puttrich ihre Dienstpflichten verletzt habe. Hätte sie die Anhörung nachgeholt, wäre das Klagerisiko auf null gesunken, sagte Laskowski in Wiesbaden. Darauf sei die Ministerin auch hingewiesen worden.

Die CDU wies die Forderungen der SPD zurück und bezeichnete das Ergebnis des Gutachtens als fragwürdig. Es liege kein Verschulden Puttrichs vor, deshalb könne auch kein Schadenersatz geltend gemacht werden, erklärte der Abgeordnete Walter Arnold. Puttrich habe ihre Amtspflichten nicht verletzt. Der Fehler liege beim Bund: „Das Bundesumweltministerium hat an alle betroffenen Bundesländer die falsche Rechtsgrundlage, Begründung und einen einheitlichen Verwaltungsvollzug für die Stilllegungsverfügungen geliefert.“ Ansprüche des Landes gegen den Bund drohten auch nicht zu verjähren.

Die Linksfraktion schloss sich der Auffassung der SPD an. Fraktionschefin Janine Wissler erklärte, Puttrich habe den Schaden offenbar ganz bewusst in Kauf genommen: „Nach normalen Maßstäben würde eine Ministerin nach einem solchen Desaster zurücktreten, doch Lucia Puttrich sitzt immer noch auf der Regierungsbank.“ Der Biblis-Betreiber RWE hatte zudem Schadenersatz in Höhe von 235 Millionen Euro gefordert. Im Zuge des Milliarden-Deals zu den Atom-Altlasten auf Bundesebene hatten aber die Konzerne angekündigt, mehrere Klagen gegen den Staat wegen der Stilllegung von AKWs fallen zu lassen. MBI/dpa/aul/16.12.2016

NEU!

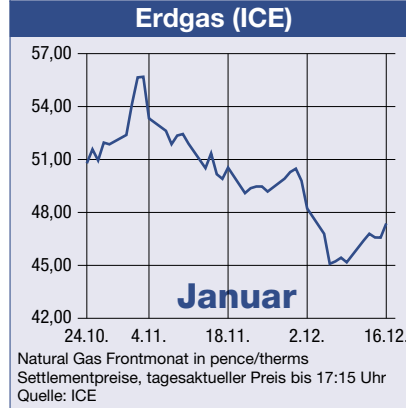
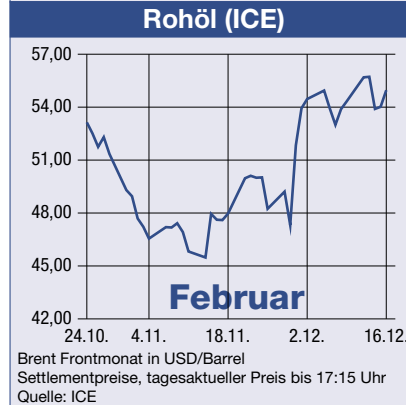
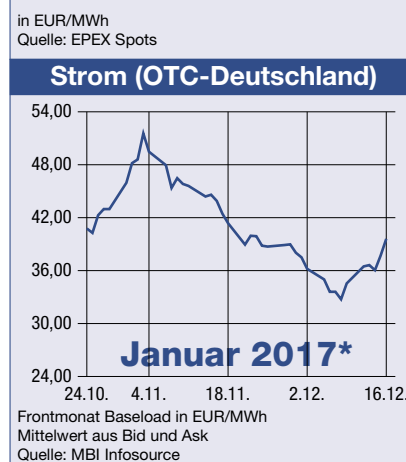
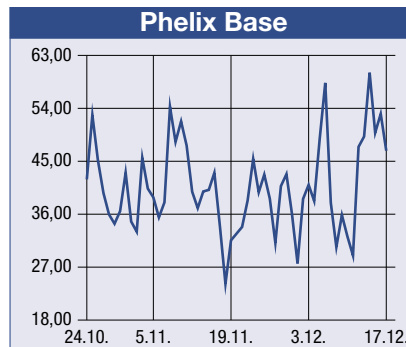
MBI Energy 4.0, die neue Publikation, berichtet regelmäßig über die Digitalisierung in der Energiewirtschaft.

Jetzt kostenfreies Exemplar anfordern:

Tel: +49 (0) 69 / 2 71 07 60-12
energie@mbi-infosource.de

Branchen-Aktien Verlaufskurse (in Euro)		
Gesellschaft	16.12.	15.12.
ABB Na.	20,10	19,97
Areva	4,48	4,59
BP PLC	5,74	5,69
Centrica	2,74	2,81
CEZ AS	15,26	15,14
CropEnergies	4,59	4,68
E.ON	6,50	6,51
Edison	67,52	67,15
EDP-Energias Portugal	2,82	2,76
Endesa	20,00	20,10
Enel	4,01	4,08
Energie Baden-Württemb.	20,20	19,96
Engie	12,12	12,00
Eni	15,03	14,93
EnviTec Biogas	7,62	7,85
EVN*	10,91	10,95
Exxon Mobil	87,23	86,99
Fortum	14,78	14,61
Gas Natural	17,46	17,38
Gazprom	4,86	4,93
GEA Group	37,56	37,76
Iberdrola	5,98	5,95
Lechwerke	69,50	72,43
Lukoil	52,55	52,69
Mainova	355,05	355,05
MVV Energie	20,60	20,50
National Grid PLC	11,15	10,97
Nordex	19,11	18,75
Norsk Hydro	4,46	4,50
OMV*	34,10	32,84
Phoenix Solar	2,44	2,50
PNE Wind	2,13	2,13
Repsol	13,75	13,26
Royal Dutch Shell A	25,91	25,63
RWE	11,25	11,21
Siemens	115,52	115,99
SMA Solar Technology	24,59	23,69
Snam	3,79	3,74
Solarworld	2,48	2,36
Statoil	17,45	17,11
Total S.A. B	48,09	47,40
Tullow Oil	3,85	3,80
United Utilities	10,50	10,25
Veolia Environem.	15,57	15,63
Verbund Gesellschaft*	14,00	14,10
Vestas Wind Systems	57,78	57,24

Quellen: Deutsche Börse AG,
*Börse Wien



EZB-Referenzkurse (16.12.)

Land	Valuta	1 EUR
Bulgarien	BGN	1,9558
Dänemark	DKK	7,4340
Großbritannien	GBP	0,8389
Japan	JPY	123,38
Norwegen	NOK	9,0623
Polen	PLN	4,4200
Rumänien	ROL	4,5165
Russland	RUB	64,302
Schweden	SEK	9,7890
Schweiz	CHF	1,0751
Tschechien	CZK	27,021
Türkei	TRY	3,6601
Ungarn	HUF	312,45
USA	USD	1,0439

Quelle: EZB

Impressum

Herausgeber und Verlag:
MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG (MBI), Redaktion: Gutleutstraße 89, 60329 Frankfurt
Sitz der Gesellschaft: Frankfurt am Main, Amtsgericht Frankfurt HRA 47673

Geschäftsführer:
Martin Brückner

Verantwortlich für den Inhalt:
Klaus Hinkel, Tel.: +49(0)69/2710760-30
E-Mail: klaus.hinkel@mbi-infosource.de
Internet: www.mbi-infosource.de

Abonnenten-Service:
service@mbi-infosource.de oder +49(0)69/2710760-11

Anzeigen-Verkauf:
anzeigen@mbi-infosource.de oder +49(0)69/2710760-16

Die Fachpublikationen von MBI stützen sich neben umfangreicher Eigenberichterstattung auf Dow Jones Newswires sowie weitere auch international tätige Nachrichtenagenturen, bei Charts, Kursen und Preisen auch auf www.aid-net.de. Alle Meldungen werden mit journalistischer Sorgfalt erarbeitet. Für Verzögerungen, Irrtümer und Unterlassungen wird jedoch keine Haftung übernommen. Kopien, Nachdrucke oder sonstige Vervielfältigungen nur mit Genehmigung des Herausgebers. Das Copyright für dpa-Nachrichten liegt bei der Deutschen Presse-Agentur (dpa) in Hamburg. Die Nachrichten dienen ausschließlich zur privaten Information des Nutzers. Eine Weitergabe, Speicherung oder Vervielfältigung ohne Nutzungsvertrag mit der Deutschen Presse-Agentur ist nicht gestattet. Alle Rechte bleiben vorbehalten.

Erscheinungsweise: montags bis freitags